

KURIER
26. Juli 1999

Bartenstein: Seniorenkompetenzen gehören ins Familienministerium

Manfred Kadi

Zwiespältige Ergebnisse über den Ist- und Sollzustand der Seniorenpolitik in Österreich fördert eine Studie des Familienministeriums zutage. Speziell die für Pensionisten zuständigen Organisationen und Beiräte kommen dabei nicht ungeschoren weg.

Die Diskrepanz zwischen dem wachsenden Anteil der älteren Generation, ihrer steigenden Bedeutung als politische Zielgruppe (siehe Grafik) und den eher bescheidenen Möglichkeiten der Mitbestimmung erklären die Autoren der Studie, Charlotte Strümpel und Kai Leichsenring (Europäisches Zentrum für Wohlfahrts- und Sozialpolitik)

so: Die Seniorenverbände würden das Problem der Älteren, Informationen über politische Zusammenhänge und Gesetze zu erhalten, nur zum Teil beseitigen. Dazu käme das unterschiedliche Politikverständnis zwischen Basis und Funktionären sowie die „für Österreich spezifische Nähe der Seniorenorganisation zur Parteipolitik“, was von diesen selbst als Hindernis für eine eigenständige Seniorenpolitik angegeben wird.

Und nicht zuletzt: „Einige Beiratskonstruktionen, die von oben vorgegeben werden, lassen darauf schließen, daß es hier in erster Linie um die Profilierung des einen oder anderen Politikers geht.“

Letztgenanntes Argument will Familienminister Martin Bartenstein gar nicht bestreiten. Daß die Parteipolitik die Anliegen der Älteren eher behindere,

läßt er so aber nicht gelten. „Man soll nicht den Fehler machen, die Senioren als homogene Gruppe zu sehen, die man über einen Kamm scheren kann“, meint der VP-Ressortchef im Gespräch mit dem KURIER. „Die Vertretung der Senioreninteressen, die einmal Sozialpartner sein könnte, sehe ich nicht.“

Bartenstein schlägt allerdings im Gegenzug vor, in der nächsten Regierung das Ministerium für Familien und Jugend um die Senioren zu erweitern. Ihm gehe es darum, „die eigenartige Heimatlosigkeit der Seniorenkompetenzen in den Ministerien“ zu beseitigen – „wer immer nach dem 3. Oktober die politische Verantwortung trägt“.

Die Studienautoren schlagen für eine „zukunftsorientierte Seniorenpolitik“ mit dem Ziel politischer und gesellschaftlicher Teilnahme älterer Menschen folgende Eckpunkte vor: Herstellung eines lokalen Bezugs; Unterstützung von freiwilligem Engagement; dieses sollte „als Konzept etabliert und öffentlich gemacht werden“; Schaffung von „Teilhabemöglichkeiten gezielt für ältere Frauen“.

Schließlich seien Möglichkeiten für die Vertretung von Senior(inn)en-Belangen „jenseits parteipolitischer Trennlinien“ zu suchen. Dies bedeute freilich ein Abschiednehmen von der Idee des „schwerverdienenden Ruhestands“.

